Stoll, Florian/Öhlschläger, Rainer: Mittelklassen, Mittelschichten oder Milieus in Afrika? Gesellschaften im Wandel. Baden-Baden: Nomos, 195–216.

Stoll, Florian (2017, im Druck): Cities as Second Nature? Local Characteristics of ‚Middle class' Milieus in the city of Nairobi as Urban Human-Environment Relations. In: Hauhs, Michael/Klute Georg: Human-Environmental Relations and African Natures. Modern Africa.

Stoll, Florian/Daniel, Antje/Müller, Sebastian (2016): Einleitung: Mittelklassen, Mittelschichten oder Milieus in Afrika? Gesellschaften im Wandel. In: Daniel, Antje/Müller, Sebastian/Stoll, Florian/Öhlschläger, Rainer: Mittelklassen, Mittelschichten oder Milieus in Afrika? Gesellschaften im Wandel. Baden-Baden: Nomos, 9–28.

Vereinte Nationen (2015): Milleniums-Entwicklungsziele 2015.

Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Aufl. Tübingen: Mohr.

World Bank (2015): World Development Report 2016. Washington: World Bank.

In: Hans-Jürgen Burchardt, Stefan Peters, Nico Weinmann (Hrsg.): Entwicklungstheorie von heute - Entwicklungspolitik von Morgen. Baden Baden: Nomos 2017, S.133-150

Feministische Diskurse zu Entwicklungspolitik und Entwicklungstheorie

Claudia von Braunmühl

Es ist über 30 Jahre her, dass die Anstrengungen der internationalen Frauenbewegungen, die Aktivitäten entwicklungspolitischer Institutionen auf geschlechtergerechte Ergebnisse zu verpflichten, in der Strategie des Gender Mainstreaming ihren Ausdruck fanden. Die Abschlusskonferenz der UN-Frauendekade (1975–1985) ging mit den *Forward Looking Strategies* über Frauenprojekte und -programme hinaus und richtete ihren transformativen Anspruch an das gesamte System der Vereinten Nationen. Zugleich wurde in Nairobi über das Süd-Frauennetzwerk DAWN (*Development Alternatives with Women for a New Era*) der Begriff Empowerment in die Debatte eingeführt. Am Ende des oft beschriebenen Weges von WID (*Women in Development*) zu GAD (*Gender and Development*) (von Braunmühl 2001) stand bei der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking der gesamte an die Regierungen und ihre Institutionen gerichtete frauenpolitische Forderungskatalog unter der Ägide von Gender Mainstreaming als Doppelstrategie von Frauenempowerment und Aufnahme geschlechtergerechter Zielsetzungen in alle Politikbereiche.

Seitdem hat eine kaum mehr überschaubare Zahl von Evaluierungen die Umsetzung von Gender Mainstreaming überprüft (z. B. Jahan 1995; Norad 2005; Austrian Development Agency 2012; African Development Bank 2012). Dabei steht in aller Regel die Frage im Zentrum, ob die jeweiligen Apparate in Struktur wie Orientierung willens und in der Lage sind, ihre Gender-Mandate ernsthaft ins Werk zu setzen. Weitestgehend ausgeblendet bleibt die politische Dimension: Sind die im Mainstream verfolgten Politiken überhaupt geeignet, geschlechtergerechte soziale Ergebnisse zu erzielen? Im Folgenden werden wiederkehrende Schwachstellen von Gender Mainstreaming in der Entwicklungszusammenarbeit diskutiert. Es wird dann auf weitergreifende Diskurse eingegangen, insbesondere auf die aus der Kritik an neoliberalen Strukturanpassungspolitiken entwickelte feministische Ökonomie mit ihrem Herzstück, der Care-Ökonomie. Schließlich werden feministische Annäherungen an ökologische Fragestellungen und der seit Jüngerem vorliegenden *Sustainable Development Goals* (SDG) erörtert.

Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming wird als ‚top down'-Strategie bezeichnet, d. h., sein Erfolg hängt weitestgehend vom erkennbaren Engagement der Leitung einer Organisation ab. Indes, allenthalben stellen Evaluierungen ein eklatantes Versagen an der Spitze entwicklungspolitischer Organisationen fest. Über Rhetorik und symbolische Akte geht der Beitrag der Leitung selten hinaus. Sie sorgt weder für die benötigten Ressourcen noch leitet sie die erforderlichen Strukturmaßnahmen und Verfahrensschritte ein. In Fachabteilungen und Außenbüros zählen die als *Gender Focal Points* benannten MitarbeiterInnen zumeist zum jüngsten, positionell einflussloses-ten Personal. Weder Ausschreibungen noch Personalentwicklungsgespräche und Zielvereinbarungen fragen nach Gender-Kompetenz. Es besteht keinerlei Rechenschaftspflicht (von Braunmühl 2005).

Obligatorisches Gender-Training ist, wenn überhaupt vorhanden, in den meisten Organisationen auf wenige Stunden beschränkt. Die zur Finanzierung von Gender-Analysen, projektbegleitender Gender-Kompetenz, themenbezogenem Austausch etc. bereit gestellten Mittel sind unzureichend. Das Gender-Marker-System der OECD[1] erfasst eher Absichten als im weiteren Projekt-/Programmverlauf aufrechterhaltene Gender-Aufmerksamkeit. So fließen weder positive noch negative Resultate in die Selbstinformations- und Lernprozesse von Entwicklungsorganisationen ein. Am ehesten bilden geschlechterrelevante Ergebnisse sich auf der Mikroebene der EmpfängerInnen von Projektleistungen ab. Das allerdings hat zur Voraussetzung, dass die Projektberichterstattung auf nach Geschlecht desaggregierten Daten beruht und dass die Datenlage unter geschlechterpolitischen Zielsetzungen ausgewertet wird.

Die 2005 verabschiedete Pariser Erklärung mit ihrer Aufforderung zu erhöhter Eigenverantwortung der Entwicklungsländer und besserer Koordination der ‚Geber' hat die Situation eher noch verkompliziert. Die Erklärung setzt bei der Förderung von Sektoren an; die auf Projekte und Programme zugeschnittenen Instrumente von Gender Mainstreaming greifen hier nicht, ebenso wenig wie bei komplexen Ko-Finanzierungen. Begünstigt wird die Genderblindheit der *new aid modalities* und die Genderfaulheit an der Spitze durch die männlich geprägten Betriebskulturen in den

1 Das *Development Assistance Committee* (DAC) der OECD hat 2002 ein von 0 bis 2 reichendes Markierungssystem eingeführt. 0 steht für genderirrelevant, 1 für Gendergleichheit ist ein wesentliches, aber nicht das Projekt bestimmendes Ziel, 2 signalisiert, die Herstellung von Geschlechtergleichheit ist die Projekt konstituierende Zielsetzung.

Institutionen von Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit (Benschop/Verloo 2006).

2010 hat die EU die Thematisierung von Gender im Politikdialog in den berichtspflichtigen Katalog ihres Gender-Aktionsplans aufgenommen. In ihrem Gender-Aktionsplan 2016–2020 spricht in ähnlicher Weise auch die Bundesregierung von einem nun dreigleisigem Ansatz und der „systematische(n) Verankerung von Frauenrechten und Gleichberechtigungsthemen im hochrangigen bi- und multilateralen sowie gebergemeinsamen Dialog, im Sektorpolitikdialog sowie in der Politikberatung" (BMZ 2016: 8). Bislang liegen nur wenige Evaluierungen zum Einbringen von Genderthemen in Politikdialoge vor (Schweden, Dänemark), für Deutschland naturgemäß noch gar keine.

Zurück zu Gender Mainstreaming: Das schöne, von der afrikanischen Soziologin Sara H. Longwe entworfene Bild von dem patriarchalen Kochtopf, in dem Geschlechterpolitiken verdampfen (Longwe 1997), trifft weitestgehend zu. Evaluierungen von Entwicklungsorganisationen ihrerseits äußern sich bemerkenswert eindeutig: „Es gibt jede Menge Lippenbekenntnisse, aber kaum Praxis" (OECD 2007: 7). Und in jüngerer Zeit die AfDB, deren scharfe Analyse von Anfang bis Ende „das Versagen der obersten Leitung, sich über Rhetorik hinaus tatsächlich in Sinne des Konzepts zu engagieren" (AfDB 2012: 11), konstatiert.

Im Alltagsbewusstsein institutioneller Akteure heftet sich der Begriff Gender allzu häufig an essentialistische Geschlechtervorstellungen und binär organisierte, dem Anschein nach kulturell beglaubigte Geschlechterpraktiken. Mit der Überantwortung einer auf geschlechtergerechte Resultate zielenden Politik an die Mechanismen eines bürokratisch organisierten Politikvollzugs ist die Nabelschnur zur frauenpolitischen und feministischen Community praktisch zerschnitten. Professionalisierte Gender-Kompetenz tritt an die Stelle politischer Repräsentation. Das heißt aber auch, institutionalisierte Genderpolitik, soziale Bewegung und deren im akademischen Raum stattfindende Theoretisierungen fallen zunehmend auseinander. In die Verwaltungsabläufe der Entwicklungszusammenarbeit lassen sich Binarität auflösenden Theorien von Gender als soziale Konstruktion von Geschlecht nur schwer einbringen.

Von frauenpolitischer und feministischer Seite kamen zudem zunehmend Zweifel auf, ob der Mainstream entwicklungspolitischer Strategien und Verfahren überhaupt den konzeptionellen Rahmen für transformative Perspektiven abgeben kann. Die Agenden der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedstaaten sind nach wie vor von neoliberalen globalisierungskonformen An- und Einpassungen bestimmt. Politisch sind sie bestenfalls

geschlechterblind, strukturell in machtvolle Herrschaftsstrukturen eingebunden und weiterhin patriarchal geprägt. In diesem Kontext hat frauenpolitisches *Agenda Setting* wenig Chancen.

Von der (Un-)Sichtbarkeit der Frauen zur feministischen Ökonomie

Während der von den UN ausgerufenen Frauendekade (1975–1985) finanzierten entwicklungspolitische Organisationen in bislang ungekanntem Ausmaß Studien und Konferenzen zum Themenkreis Frauen und Entwicklung. In kaum einer Publikation aus dieser Zeit fehlen die Worte Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit. Zunächst also lag der Fokus auf dem Sichtbarmachen des Anteils der Arbeit von Frauen am Entwicklungsprozess. Das Ergebnis: Dem auf die aggregierten Daten von Modernisierung gerichteten Blick entgeht deren ungleichgewichtige Geschlechterdimensionen. Sei es aus Gründen vermeintlicher Geringfügigkeit, sei es, weil das ‚Produkt' der ihnen zufallenden Arbeiten sich nicht über den Markt realisiert, der überwiegende Teil der Arbeit von Frauen ist in Statistiken nicht erfasst.

Mitten in die Frauendekade fiel 1980 die Geburt des neoliberalen ‚Washington Consensus'. Er argumentierte zunächst schuldentechnisch: Zwecks Tilgung angehäufter Schulden und Erwirtschaftung der dafür benötigten Devisen müssen die Strukturen der nationalen Ökonomien der Entwicklungsländer sich den Erfordernissen des internationalen Wettbewerbs anpassen. Die weltweit einheitlichen Rezepturen sind bekannt: Abwertung der nationalen Währung, Abbau des staatlichen Haushaltsdefizits durch Entlassungen und Lohnstopps, Kürzungen v. a. im Erziehungs- und Gesundheitsbereich, Ende der Subventionen von Grundnahrungsmitteln, öffentlichem Transport, Wasser und Strom, Deregulierung, staatliche Förderung von Landwirtschaft und Industrie nur mehr für den Export. Und, ganz zentral, umfassende Privatisierung öffentlicher Unternehmen, denn, so das nun gültige Credo, der Privatsektor ist der Motor von Wachstum und Entwicklung.

Die sozialen Folgen der Strukturanpassungsprogramme trafen Frauen unmittelbarer und heftiger als Männer. Die alltägliche Sicherung der Familienversorgung wurde geld- und arbeitsaufwändiger. Der Schulbesuch und die mit ihm verbundenen Aufwendungen, ärztliche Versorgung bei Schwangerschaft und Krankheit wurden kostenpflichtig. Es musste verzichtet und gespart werden, unerschwinglich Gewordenes in Eigenarbeit hergestellt, Unverzichtbares, wie ärztliche Eingriffe und Kauf von Medikamenten, durch zusätzliche Arbeit erwirtschaftet werden. Die Frauen

suchten ein Auskommen in den neu entstehenden freien Produktionszonen und zusätzliches Einkommen im explosionsartig anschwellenden informellen Sektor, in dem ihnen sog. Einkommen schaffende Maßnahmen, häufig begleitet von Kleinkreditprogrammen, angetragen wurden (siehe auch den Beitrag von Neuhauser/Sittel/Weinmann in diesem Band).[2]

So veränderte sich der Fokus des Sichtbarmachens. In rascher Folge erschienen nun empirische Untersuchungen zu den sozialen Folgen der Strukturanpassungspolitik. 1983 leitete die UNICEF eine erste 10-Länder-Studie ein zu den gesundheitlichen Beeinträchtigungen von Kindern und Müttern durch Verteuerung und Kürzungen im Bereich der sozialen Infrastruktur (Cornia et al. 1987). Das frauenpolitische Netzwerk DAWN führte 1984 Untersuchungen in mehreren afrikanischen und asiatischen Ländern zur Ernährungssituation nach der Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion auf den Export durch. Kurz danach veröffentlichte das Commonwealth-Sekretariat die Ergebnisse einer Studiengruppe ‚Frauen und Strukturanpassung'. 1986 fragte eine öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag nach der Vereinbarkeit von Anpassungsprogrammen und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit überhaupt, kurz danach in einer weiteren Anhörung nach den Folgen der Strukturanpassungsmaßnahmen für Frauen.

Die Publikationen zu dem Themenbereich waren zahlreich, die Titel – *Women pay the Price, Paying the Price, Mortgaging Women's Lives* (Thomas-Emeagwali 1995; Dalla Costa/Dalla Costa 1993; Spark 1994) – z. T. dramatisch. Weltbank und IWF konzedierten, dass es so etwas wie eine soziale Dimension der Strukturanpassung gebe.[3] Unter eben diesem Stichwort, abgekürzt SDA, richtete die Weltbank 1987 eine *Women in Development* (WID)-Stelle ein. Im Streit mit der *UN Economic Commission for Africa* (ECA) veranlasste die Weltbank aufwändige Studien auf der Suche nach den konzedierten *pockets of poverty*.

---

2 In Jamaika z. B., dessen Wirtschaftspolitik seit 1976 unter der Aufsicht des IWF stand und seit 1980 von Weltbank und IWF gesteuert wurde, wuchsen die Arbeitsplätze in den *Export Processing Zones* (EPZ) zwischen 1977–1989 um 84 %, darunter 95 % Frauen. Ihr Anteil am informellen Sektor (43 % des BIP) lag bei knapp 60 %. Anders als im asiatischen Raum ziehen die Frauen in der Karibik mehrheitlich den auch hier angebotenen Mikrokrediten Rücküberweisungen vor (Le Franc 1994; IDB 2006).

3 Nach dem Strukturanpassungsabkommen Ende 1983 wird die Währung Jamaikas um 300 % abgewertet und die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln eingestellt. Die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten steigen um 40 %, die der Grundnahrungsmittel um 60 % (Davies 1988).

Angesichts der in einer Fülle von Länderstudien dokumentierten Erfahrung der insbesondere für Frauen gravierenden negativen Folgen des neoliberalen Mainstreams stellten frauenpolitische Organisationen und feministische Wissenschaftlerinnen den herrschenden Politikentwurf selber in Frage. Das erwies sich umso mehr geboten, als alle Versuche, die Akteure des Washington-Konsenses mit Blick auf die desaströsen sozialen Ergebnisdaten zu einem Politikwandel zu bewegen, an der gegen kritische Einwände immunen neoklassischen Makroökonomie abprallten. Zunehmend erkannten die Frauen in den einzelnen Strukturanpassungsprogrammen einen globalen Restrukturierungsprozess, in dessen Zentrum eine sozial entbettete Privatisierung steht.

Die Privatisierung ist eine doppelte. Zum einen ‚verschlankt' sich der Staatsapparat im Namen eines ökonomisch verengten Effizienzbegriffs durch Unterlassen von Investitionen und Übergabe erheblicher Bereiche der sozialen und technischen Infrastruktur an privatwirtschaftliche Akteure. Die Leistungen einer im politischen Raum verhandelten Daseinsvorsorge werden dem von den Gesetzen einer gewinnorientierten Privatwirtschaft beherrschten Raum überantwortet, in dem einzig zahlungsfähige Nachfrage am Markt zählt. Zum anderen werden relevante Anteile staatlicher Daseinsvorsorge aus dem Staatshaushalt in private Haushalte verschoben. Hier landen sie ganz überwiegend auf den Schultern von Frauen, ein Umstand, den die Fixierung auf die Nutzenkalküle des *Homo oeconomicus* und die Konstruktion der Familie als homogene Nutzengemeinschaft nicht zu erfassen in der Lage ist. Es braucht den *view from the kitchen* (Elson 2002), um die im *male bias* der Makroökonomie eingelagerte erkenntnistheoretische Blindheit zu überwinden.

Aus der Erfahrung der unmittelbar zu Lasten der Frauen gehenden Austeritätspolitik erfuhr die schon des Längeren mit unterschiedlichen Akzentsetzungen geführte Debatte über den Anteil der unbezahlten Arbeit von Frauen an gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion eine neue Dynamik. Die erhaltende und kompensierende, nicht über den Markt vermittelte und in Statistiken nicht erfasste unbezahlte Arbeit von Frauen an Menschen und Natur wird, so der feministische Befund, als nahezu unbegrenzt belastbare Ressource in die globale Restrukturierung blind mit einfaktoriert. Von hier aus entwickelten sich die Kernpunkte der feministischen Ökonomie. In kritischer Auseinandersetzung mit den überkommenen Wirtschaftswissenschaften, denen einzig das Marktgeschehen als ökonomisch relevant und als Informationsquelle aussagekräftig gilt, und der verblendenden Überhöhung häuslicher Arbeit als ‚Arbeit aus Liebe' suchten feministische Wissenschaftlerinnen nach einer realitätstüchtigeren, die Erfahrungen der Frauen mit aufnehmenden Theorie. So flossen Lesarten von Sozioökonomie, Institutionenökonomie, Links- und Post-Keynesianismus, französischer Regulationsschule und des von einem normativen Wissenschaftsverständnis getragenen Fähigkeitsansatzes (M. Nussbaum, A. Sen) in einem intensiven Theoretisierungsprozess zusammen. 1992, während einer internationalen Konferenz mit dem programmatischen Titel *Out of the Margin,* wurde die *International Association for Feminist Economics* (IAFFE) gegründet (Caglar 2009).

Die mit der Weltbank und bilateralen Entwicklungsorganisationen geführten Debatten gingen nun in wachsendem Maße über einzelne *policy*-Schritte hinaus und bezogen die Ebene der erkenntnisleitenden Parameter mit ein. Dabei wurden in Duktus wie Argumentation unterschiedliche Herangehensweisen verfolgt. Eine Strömung entwirft in einer der Neoklassik nahen Gedankenführung die aus Genderordnungen rührenden Rollenzuweisungen an Frauen als geschlechtsbedingte Wettbewerbsverzerrungen, die es Frauen in hohem Maße erschweren, Wachstum versprechenden Flexibilitätsanforderungen zu genügen. Insofern liegt eine wesentliche ineffiziente Ressourcenallokation im Geschlechterverhältnis selber begründet (Palmer 1994). Am Vorsorgekonzept orientierte Ökonominnen, in Deutschland im Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften zusammengeschlossen, verweisen auf die im Kapitalismus angelegte systematische Externalisierung der reproduktiven Prozesse, die von Frauen und von der Natur geleistet werden. Obwohl für das Funktionieren der kapitalistischen Warenproduktion unerlässlich, sind beide permanent von fortschreitender Ökonomisierung bzw. Ausgrenzung bedroht (Biesecker et al. 2000). Am wohl einflussreichsten sind die theoretischen Ansätze, die in den aggregierten Größen der die Politik leitenden Makroökonomie die Ausblendung des Sozialen sehen und damit einen der Thematisierung entzogenen Einzug ungleicher und ungerechter Geschlechterverhältnisse in die Ökonomie (Elson 1995; Bakker 1994).

In den Kernpunkten der Kritik indes besteht Gemeinsamkeit:

1. Märkte sind nicht neutral, sondern von gesellschaftlichen und patriarchalen Machtstrukturen durchdrungen. Ein Ausdruck davon sind geschlechtsspezifische Kompetenzzuschreibungen für personenbezogene Sorge- und Verantwortungsleistungen an Frauen.
2. Zwischen Märkten und nicht marktvermittelten Arbeitsformen und Leistungen besteht Interdependenz.

3. Der Privathaushalt ist nicht nur Ort von Konsum, sondern auch Ort von für die gesamtwirtschaftliche Reproduktion unverzichtbaren Arbeitsleistungen.
4. Die Konstruktion des geschlechtsneutralen, in keiner Weise sozial eingebundene *Homo oeconomicus* mit utilitaristischem Eigeninteresse blendet andere Rationalitäten sowie moralische und emotionale Motive aus.
5. Ökonomische Entscheidungen sind von geschlechtsspezifisch unterschiedlicher Wirkung.

Bis heute verweigert die herrschende neo-klassische Makroökonomie Kenntnisnahme und Dialog und mithin eine Debatte über ihre erkenntnisleitenden Begriffe wie Rationalität, Produktivität, Effizienz. Die feministischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerinnen ihrerseits befassen sich mit der Weiterentwicklung der feministischen Ökonomie.

Mittlerweile buchstabiert sich die feministische Ökonomie mit ihrem normativen menschenrechtlichen Bezugspunkt auf soziale Gerechtigkeit einschließlich Geschlechtergerechtigkeit durch die gesamte Palette entwicklungsrelevanter Themen sowie aktueller Problemlagen und Debatten hindurch. In vielen Themenfeldern haben sich feministische Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen in thematischen Netzwerken organisiert. Die politische Dimension von Privatisierung, Rückbau staatlicher Leistungen und Marktförmigkeit der Daseinsvorsorge wurde von Anbeginn mit in den Blick genommen. Die eindringlichsten Anstöße zu der lebhaften Debatte zu den Einschränkungen des öffentlichen Raumes und dem damit verbundenen Verlust an Bürgerrechten (*citizenship*) kommen aus den Ländern des Globalen Südens (Kabeer 2005).

In der Hoffnung, das eklatante Versagen des Staates gegenüber den Erfordernissen des staatsbürgerlichen Gleichheitsgebot durch eine geschlechterdifferenzierte Analyse des Staatshaushalts unabweisbar empirisch belegen zu können, wandten feministische Theoretikerinnen sich seit den 1990er Jahren den sog. Gender-Budgets zu. Ursprünglich eher pragmatisch als Instrument konzipiert, die Geschlechtsspezifik finanzpolitischer Entscheidungen aufzudecken, um daraus Ansatzpunkte für Forderungen zu Steuer- und Ausgabenpolitik zu gewinnen, entwickelte sich der Ansatz rasch zum normativen *Gender Responsive Budgeting* (GRB) oder, in Kurzform, *Gender Budgeting*. Es hat Eingang in Verfassungen (Österreich) und Regularien (Großbritannien, Australien, Süd-Afrika) gefunden und wird in der Aktionsplattform von Peking Frauenministerien und Frauenorganisationen in den Entwicklungsländern als Analyse-, Monitoring-

und Lobbyinstrument empfohlen. *Gender Budgeting* bewegt sich nicht zwingend im Rahmen der feministischen Ökonomie. Es lässt sich, losgelöst von spezifischen theoretischen Einbettungen, auch im Sinne von Gender Mainstreaming einsetzen, z. B. um auf eine brüchige Datenlage aufmerksam zu machen, die es Regierungen unmöglich macht, haushaltsrelevante Entscheidungen verantwortlich, und das heißt auch in Kenntnis ihrer geschlechtsspezifischen Wirkungsdimensionen, zu treffen (Frey 2010).

Die Care-Ökonomie

Angesichts der im Globalen Süden wie Norden zur neoliberalen Regel gewordenen Verknappung der Haushalte der sozialen Infrastruktur anerkennen internationale Organisationen von Oxfam bis OECD: „It is women and girls who are the first to lose out on these services and fill in the gaps with unpaid care work" (Oxfam 2016: 3; vgl. auch OECD 2014). Diese Einsicht ist ein Ergebnis der Arbeit feministischer Sozialwissenschaftlerinnen. Ihre Analysen der geschlechtsspezifischen Struktur von Familienarbeit erkannten in der Frauen zugewiesenen Hausarbeit im Kern Sorgearbeit. Zwar wurden 1993 Elemente von häuslicher Arbeit in das von der *United Nations Statistical Commission* überarbeitete *System of National Accounts* aufgenommen, wesentliche, ganz überwiegend von Frauen geleistete Tätigkeiten aber nicht. Das trifft insbesondere zu auf Kochen und Einkaufen, Waschen und Putzen, Fürsorge für Kinder, Alte, Kranke und im Haushalt lebende Pflegebedürftige sowie Freiwilligenarbeit in Gemeinden, Organisationen, Selbsthilfegruppen. Diese Tätigkeiten werden trotz feministischen Einspruchs auch weiterhin nicht als volkswirtschaftlich zu berücksichtigende Arbeiten anerkannt (Razavi 2007; siehe auch den Beitrag von Neuhauser/Sittel/Weinmann in diesem Band).

In ihren Plädoyers für die integrale Berücksichtigung unbezahlter Sorgearbeit in der gesamtwirtschaftlichen Rechnungslegung betonen feministische Ökonominnen in wachsendem Maße den Eigenwert von Care-Arbeit. Mit anderen Worten, sie stellen die Zentralität von Sorgearbeit in einen normativen Rahmen. Die Rahmung ist eine menschenrechtliche, in ihrer gesellschaftlichen Umsetzung stark am gesellschaftliche Verantwortung ansprechenden Fähigkeitsansatz (*capabilities*) von M. Nussbaum und A. Sen orientiert. Damit ist ein Normenhorizont gesetzt, der im System der Vereinten Nationen weitgehend unumstritten ist. In diesem Kontext wird dann auch immer deutlicher die Forderung erhoben, bei der Annäherung an die *Sustainable Development Goals* (SDG) und der anstehenden

fundamentalen Neuordnung von Finanz-, Produktions- und Reproduktionssphäre Sorgearbeit zu einem der zentralen Bezugspunkte zu machen.

Der Begriff Care-Ökonomie verweist darauf, dass die zu großen Teilen unbezahlten sorgenden Tätigkeiten einer eigenen Handlungsrationalität folgen, die sie von der Funktionslogik der Märkte, die auf Effizienz, Gewinnsteigerung und Wachstum zielt, markant unterscheidet.

1. In der Care-Ökonomie werden keine Waren produziert. Vielmehr situiert sie sich im Kontext von Beziehungen und sozialer Nähe und strebt Wohlbefinden und soziale Integration an. Insofern Güter und Dienstleistungen hergestellt werden, geschieht dies auf der Basis sozialer Verpflichtungen, Reziprozität, auch Zuwendung im unmittelbaren sozialen Umfeld von Familie, Freunden, Nachbarn, Gemeinde.
2. Die Logik der Care-Ökonomie setzt Rationalisierung und Produktivitätssteigerung praktische, funktionale und moralische Grenzen. Care vollzieht sich in enger menschlicher Interaktion, ist emotional aufgeladen und eingebettet in ethische, kulturelle und soziale Sinnbezüge. Diese sind konstitutiv sowohl für die gesellschaftlichen Normvorstellungen über geschlechtsspezifische Care-Zuständigkeit als auch für die intendierte soziale Wirkung.
3. Personennahe Dienstleistungen können in gewissem Ausmaß marktvermittelt bereitgestellt und mittels zeitlicher Taktung verdichtet werden. Aus Gründen der begrenzten Effizienzsteigerungspotenziale setzen Strategien der Kostensenkung am Lohn an. Das geschieht durch die systematische Entwertung von Sorgearbeit, die Bagatellisierung und mangelnde Anerkennung von Care als Kompetenz und Arbeit und nicht zuletzt durch Rückgriff auf gering bezahlte Sorgearbeiterinnen. Es sind zumeist Frauen aus benachteiligten rassischen und ethnischen Gruppen, die, ihre eigenen Kinder anderen überantwortend, häufig im Wege der Migration, mit informellem oder illegalem Status, den Sorgebedürfnissen der Wohlhabenderen nachkommen. In globalen Sorgeketten findet eine Neuverteilung der Sorgearbeit statt – bei Kontinuität der traditionellen Rolle von Frauen (Bauhardt/Caglar 2010).

Laut *UN Women* werden weltweit ungefähr 75 Prozent der unbezahlten Sorgearbeit von Frauen geleistet. In Asien und Afrika ist wiederum 75 Prozent der in irgendeiner Weise entgoltenen Arbeit von Frauen im informellen Sektor angesiedelt. Sie vermischt sich aufs engste, zwischen der älteren und jüngeren Frauengeneration verteilt, mit häuslicher Care-Arbeit.

Die unverzichtbare Funktion von Sorgearbeit für die (Wieder-)Herstellung von Arbeitskraft und mithin für Produktion und Wirtschaftsleben ist, neben der politischen Programmatik der Armutsminderung, ein wesentlicher Grund für die Zunahme sozialpolitischer Programme in den Ländern des Globalen Südens. Der Großteil der Grundsicherungsprogramme richtet sich an Frauen in ihrer Rolle als Mütter und erstinstanzliche Sorgeleistende. Mit anderen Worten, sie werden vergleichsweise kostengünstig in den Dienst genommen. Frauenorganisationen und feministische Aktivistinnen fordern daher: (a) Rücknahme der Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge, (b) staatliche Investitionen in die physische und soziale Infrastruktur, die der Unterstützung von Sorgearbeit dient, (c) freien Zugang zu Einrichtungen der Grundversorgung im Bereich von Erziehung und Gesundheit, (d) eine Unternehmen und Vermögen sehr viel stärker in die Pflicht nehmende Steuerreform, (e) Integration von Sorgearbeit in die Systeme der Sozialversicherung und, an öffentliche wie private Arbeitgeber gerichtet, (f) flexible Arbeitszeiten, bezahlte Auszeiten von Familienangehörigen zur Pflege von Kindern, Kranken, Alten und Pflegebedürftigen (Molyneux 2008). Insgesamt, so argumentieren zum Beispiel Devaki Jain (Indien) und Diane Elson (UK), muss auf einen ökonomischen Fortschritt hingewirkt werden, der die Problematik unbezahlter Sorgearbeit und den Anspruch (*entitlement*) aller BürgerInnen auf Teilnahmefähigkeit am guten Leben im Blick hat. Ein nachhaltiges Care-System darf weder dem Markt noch allein privaten AkteurInnen überlassen bleiben, sondern muss als gesellschaftliche Verantwortung und öffentliches Gut anerkannt werden (Jain/Elson 2011).

Mit der zunehmenden Durchdringung aller Wirtschaftsbereiche durch ein neoliberales Verständnis von Wirtschaft und Politik, entwickelt die feministische Ökonomie ihre Kritik an dieser Politik weiter. Sie vertieft sie zur Kritik an der leitenden makroökonomischen Theorie, weitet sie auf Sektorpolitiken wie zum Beispiel Handels- und Finanzpolitik und konsolidiert sie im gleichen Zuge. In der Tradition kritischer Theorie stehend und in menschenrechtlicher Rahmung befragt sie die zentralen Parameter der herrschenden Wirtschaftstheorien und -politiken nach ihrer Wirkung auf Geschlechtergerechtigkeit einschließende soziale Gerechtigkeit. Ihre Ausformulierungen lehnen sich an zum Teil unterschiedliche politische oder wissenschaftstheoretische Ansätze an. Die besonders intensiv im Themenfeld Entwicklungspolitik und Entwicklungsstrategie engagierten feministischen Wissenschaftlerinnen orientieren sich überwiegend an der Schule der *International Political Economy* und der mit ihr verbundenen Theorie Internationaler Beziehungen (zentral: Cox 1981). Die in ihren

Forderungskatalog eingehenden Reflektionen bewegen sich in einem Konzept von Ökonomie, in dem Wirtschaft als Raum sozialen Handelns begriffen wird, ein Raum, in dem nicht Wachstum und Gewinn, sondern Wohlergehen (*well-being*) und Entfaltung der im Menschen angelegten Möglichkeiten im Sinne des Strebens nach dem ‚guten Leben' den zentralen Sinnbezug konstituieren.

Der Weg dorthin beschreibt sich nicht als in sich geschlossener alternativer Theorieentwurf; vielmehr durchmisst er bestimmte Verfahrensschritte, an denen wissenschaftliche Anstrengung ebenso beteiligt ist wie unmittelbares soziales Handeln. (a) Eine empirisch fundierte Genderanalyse der absehbaren oder eingetretenen Folgen spezifischer Politiken auf die Tätigkeits- und Erfahrungsbereiche von Frauen und Männern, verbunden mit dem Aufzeigen zu behebender Datenlücken; (b) Analyse der Geschlechternormen und Stereotypen, die, ungleiche und ungerechte Geschlechterverhältnisse legitimierend, zu ihrer Persistenz beitragen; (c) Kritik der politik-leitenden makroökonomischen Parameter und Analyse ihrer Verkettung mit patriarchalen und Klassenverhältnissen; (d) Ermutigung widerständiger und innovativer sozialer Praxen und sie begleitender Diskurse, aus denen dauerhafte Elemente von Normveränderung und transformativem Handeln gewonnen werden können (Elson 2010). Ohne große Geste ist hier eine verlässliche Koalition von Theorie und Praxis angemahnt, an deren Realisierung die Mehrheit der feministischen Ökonominnen und Sozialwissenschaftlerinnen selber aktiv beteiligt ist.

Gender und Nachhaltigkeit

Es überrascht nicht, dass die große und grundsätzliche Debatte, die um die Gerechtigkeits- und Zukunftsfähigkeit des vorherrschenden Entwicklungsmodells geführt wird, von frauenpolitischer und feministischer Seite mit angestoßen wurde und engagiert weiterentwickelt wird. Obwohl schon während der UN-Frauen-Konferenzen der 1980er Jahre in zum Teil konflikthafter Vielstimmigkeit artikuliert, wurden frauenspezifische Positionen als solche erst während des Vorbereitungsprozesses zur Rio-Konferenz 1992 international wahrgenommen. Ungeachtet erheblicher Differenzen zwischen den aus allen Kontinenten anreisenden Frauen und Frauenorganisationen bestand gleichwohl ein Konsens in vier zentralen Punkten.

1. Es existiert ein in seinen konkreten Ausformungen im Einzelnen genauer zu erforschender Zusammenhang zwischen auf Geschlecht, Ethnizität, *Race* und Klasse basierender Unterdrückung und der zunehmenden Schädigung der Natur.
2. Angesichts der erkennbaren Verbindung zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung ist deutlich, ohne einen fundamentalen Bruch mit dem herrschenden Entwicklungs- und Wachstumsmodell wird das nicht möglich sein.
3. Der Bezugspunkt eines alternativen Paradigmas muss die Sicherung nachhaltiger Lebensgrundlagen für alle sein (*sustainable livelihoods for all).*
4. Die konzeptionelle Entfaltung eines alternativen Paradigmas wiederum erfordert die De-Universalisierung des erkenntnistheoretischen Anspruchs des westlichen Wissenschaftssystems und eine von Akzeptanz getragene Auseinandersetzung mit alternativen Wissenszugängen und Methodologien (Braidotti et al. 1994).

Damit waren die bis heute zentralen Themen der feministischen Nachhaltigkeitsdebatte gesetzt.

Es gelang den Frauen in Rio, als *Major Group* anerkannt zu werden und mit Kapitel 24 der Agenda 21 ein eigenes Kapitel zu erstreiten. Sie hatten auch die Unterstützung vieler NGOs, jedoch waren die verabschiedeten Dokumente denkbar weit entfernt von feministischer Systemkritik. Gleichwohl, mit der Rio-Erklärung wurde Nachhaltigkeit zum globalen Leitbild erklärt. Genau genommen hätte das in der Tat zu dem von den Frauen geforderten fundamentalen Bruch mit dem herrschenden Entwicklungsmodell führen müssen. Zunächst wiesen Passagen der Agenda 21 zur energie- und ressourcen-intensiven Konsum- und Produktionsweise der Industrieländer auch durchaus in diese Richtung. Im Laufe der Jahre allerdings wurde Nachhaltigkeit zunehmend in Begriffen wie Effizienz und ökologische Modernisierung buchstabiert, mithin im *green growth* liegend definiert und bestimmt in dieser Form auch weitgehend entwicklungspolitische Strategien (Dietz/Engels 2016).

Nach der Konferenz von Rio wurden die frauenpolitischen und feministischen Debatten in erheblichem Facettenreichtum weitergeführt. Es gelang, den Brückenschlag zwischen den Frauen aus Süden und Norden zu konsolidieren und auszubauen. Dabei spielt, bei allen verbleibenden, im post-kolonialen Diskurs thematisierten Spannungen, nicht zuletzt der erkenntnis- und wissenstheoretische Aspekt der Paradigmendebatte eine wesentliche Rolle.

Die in der internationalen entwicklungspolitischen Community wohl bekanntesten umweltpolitischen Frauenorganisationen, je verbunden mit

prominenten Namen – *Chipko* in Indien (Vandana Shiva) und das *Green Belt Movement* in Kenia (Wangari Maathai) –, haben erheblich zur praktischen Lesbarkeit des Konnex Frauen – Umwelt beigetragen. Der Sammelbegriff Ökofeminismus umfasst all jene an der Debatte beteiligten feministischen Strömungen, die von einer Frauen wesensgemäßen Nähe zur Natur ausgehen und beide gleichermaßen unterdrückt und ausgebeutet von einer patriarchalen, einzig an effizienter Nutzung orientierten Rationalität sehen. Das weibliche Prinzip hingegen folge einer anderen Ethik und einem anderen, ganzheitlichen Wissen. Seine Perspektive gelte nicht dem Mehr, sondern in respektvoller Reziprozität mit der Natur dem Erhalt der Subsistenz. Die Subsistenzperspektive blieb hoch umstritten innerhalb der Frauenbewegungen wie auch der im Ökofeminismus angelegte Essentialismus und sein als Romantisierung kritisiertes Naturverhältnis. Gleichwohl gelang ihm international eine bemerkenswerte Mobilisierung der Aufmerksamkeit auf die Geschlechterdimension von Umweltzerstörung und Klimawandel. Die Bilder naturumrahmter Frauen, oft mit Setzlingen in der Hand wie im Fall des *Green Belt Movement*, blenden allerdings die Ebenen von politischer Verantwortung und praktischer Entscheidungsmacht aus. Genau dies tat und tut auch die Entwicklungspolitik, wenn sie in verbal als Umweltmanagement aufgewerteten Projekten des Ressourcenschutzes für mühselige Arbeiten, häufig eingebunden in Armutsbekämpfungsprogramme, Frauen heranzieht.

Die vielschichtigen Positionen und Theorieansätze, die im Gegensatz zu einer wesenhaften Naturnähe von Frauen die Historizität und soziale Konstruktion des Verhältnisses von Frauen zur Natur in den Mittelpunkt stellen, lassen sich ihrerseits unter den Sammelbegriff feministische politische Ökologie fassen. In Intersektionalitätsanalysen bringen sie die soziale Situiertheit von Frauen in die Theoretisierung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses ein. In dieser Perspektive erweist sich die materielle Realität von Frauen als eine widersprüchlich ähnliche und zugleich sehr ungleiche, dies umso mehr, als sie längst in Globalisierungsprozesse eingebunden ist.

Beide Strömungen eint die Transformationsperspektive von *sustainable livelihoods for all* im Sinne „einer Abkehr von der bisherigen Logik der Profitmaximierung hin zu einem Wirtschaftsmodell, welches die menschlichen Bedürfnisse und die Sicherung sozialer und natürlicher Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt rückt" (Gottschlich et al. 2014: 20 f.). Der Gleichklang zeigt: Auf normativer Ebene wie im Übrigen auch auf der von Erkenntnistheorie und Methodologie fällt der Brückenschlag vor allem der feministischen politischen Ökologiedebatte im Süden mit dem im Norden geführten Nachhaltigkeitsdiskurs, wie er zunehmend auch wachstumskritische Positionen bezieht, nicht schwer. Die Anschlussfähigkeit an die weitgehend in neoliberaler Marktförmigkeit verbleibende Entwicklungspolitik ist nun allerdings erheblich gemindert.

Die überwiegend in wissenschaftlichen Einrichtungen verankerten feministischen Wissenschaftlerinnen fokussieren ihre Aktivitäten verstärkt auf mit Expertisen fundiertes Lobbying bei umwelt- und klimarelevanten Anlässen. In einer Fülle von Studien belegen sie die besondere Betroffenheit von Frauen sowie die systematischen Verengungen und Verzerrungen eines seiner sozialen Dimensionen entledigten Wissenschaftsbetriebes. Sie weisen auf die Notwendigkeit hin, Frauen auf allen Ebenen umwelt- und klimarelevanter Konzipierungen und Entscheidungen voll einzubeziehen. Gleichwohl bedurfte es Jahre intensiven Lobbyings, bis es 2007 bei den UN-Klimaverhandlungen in Bali gelang, „die bis dato hartnäckige Geschlechterblindheit im internationalen Klimadiskurs zumindest in Ansätzen aufzubrechen und ihren Forderungen nach einer sozial gerechteren Entwicklungs- und Umweltpolitik im Klimaregime international Gehör zu verschaffen" (Dannecker 2014: 17). Wie prekär es um den Diskurs zu Menschenrechten und Geschlechtergerechtigkeit in der internationalen Klimapolitik bestellt ist, zeigen die Ergebnisse der Pariser Klimaverhandlungen Ende 2015. So sehr Feministinnen die Festlegung auf eine Temperaturerwärmung auf 2 °C, möglichst sogar unter 1,5 °C begrüßten, so sehr bedauerten und kritisierten sie, dass bei den Verhandlungen „buchstäblich in letzter Minute die Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit aus dem verbindlichen Abkommen in die unverbindliche Präambel verschoben wurden" (genanet 2015[4]). Es sind Erfahrungen wie diese, die Frauenorganisationen veranlassen, auf nationalen Ebenen mit beharrlichen Anstrengungen der erheblichen Unterrepräsentation von Frauen in den nationalen Delegationen entgegenzuwirken.

In jüngster Zeit ist die im September 2015 verabschiedete Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda Agenda 2030 mit ihren 17 *Sustainable Development Goals* (SDG) und 169 Unterzielen zum wichtigen Bezugspunkt entwicklungspolitischer Diskurse geworden. Ziel 5 „Geschlechtergleichheit und Empowerment aller Frauen und Mädchen" mit 9 differenzierten politischen, sozialen und ökonomischen Unterzielen geht weit über Punkt 3 der MDG hinaus. Auch durchziehen Gender-Bezüge den gesamten Text. Beides sind Gründe, in den SDG ein gewisses frauenpolitisches Potenzial zu sehen. Aus feministischer Perspektive indes überwiegt Skepsis. Die SDG brechen nicht mit einer ökonomischen Rationalität, der

4 Gender bei den internationalen Klimaverhandlungen, http://www.genanet.de/projekte/klima-energie/unfccc.html.

Natur, wenngleich sie möglichst effizient als eine In-Wert zu setzende Ressource gilt. Die Agenda 2030 lässt nicht erkennen, dass die Organisation des Wirtschaftens vor allem die Lebensgrundlagen (*livelihood*) der Menschen in ihren geschlechterspezifischen Lebensumständen sichern sollte. Eine gesellschaftliche Machtanalyse leistet sie nicht, benennt nicht die Rolle machtvoller Akteure auf dem Weg zu nachhaltigkeitssicherndem Wandel, bringt nicht das herrschende Entwicklungsmodell zur Sprache und nicht den Widerspruch zwischen anhaltendem Wirtschaftswachstum und den planetarischen Grenzen.

Literatur

African Development Bank (2012): Mainstreaming Gender Equality: A Road to Results or a Road to Nowhere. Evaluation Synthesis, Operations Evaluation Department, https://www.oecd.org/derec/afdb/4_MainstreamingGenderEqualityAroad results%20oraroadtonowhereAnEvaluationSynthesis.pdf (Zugriff 01.08.2016).

Austrian Development Agency (2012): Evaluation of the Austrian Development Cooperation Gender Policy between 2004–2011. Wien.

Bakker, Isabella (1994): The Strategic Silence. Gender and Economic Policy. London/New Jersey.

Bauhardt, Christine/Caglar, Gülay (2010): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. Wiesbaden.

Benschop, Yvonne/Verloo, Mieke (2006): Sisyphus' Sisters: Can Gender Mainstreaming Escape the Genderedness of Organizations? In: Journal of Gender Studies, Vol. 15, No. 1, 19–33.

Biesecker, Adelheid et al. (2000): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld.

BMZ (2016): Gender Aktionsplan 2016–2020, https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier361_02_2016.pdf (jüngster Zugriff 01.08.2016).

Braidotti, Rosi et al. (1994): Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis. London

Braunmühl, Claudia von (2005): Gender Mainstreaming: pathway to democratisation? In: Ulrich Petschow/James Rosenau/Ernst Ulrich von Weizsäcker (Hg.), Governance and Sustainability. New Challenges for States, Companies and Civil Society, Sheffield: Greenleaf Publishing, 119–130.

Braunmühl, Claudia von (2001): Gender Mainstreaming worldwide – Rekonstruktion einer Reise um die Welt. In: Globalisierungsmythen: Feministische Perspektiven. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2001/2, 183–201.

Caglar, Gülay (2009): Engendering der Makroökonomie und Handelspolitik. Potenziale transnationaler Wissensnetzwerke. Wiesbaden: .

Cornia, Giovanni et al. (1987): Adjustment with a Human Face. Clarendon Press.

Cox, Robert W. (1981): Social Forces, States and World Orders: Beyond international relations Theory. In: Millennium. Journal of International Studies, Vol. 10, 126–155.

Dalla Costa, Mariarosa/Dalla Costa, Giovanna F. (1993): Paying the Price. Women and the Politics of the International Economic Strategy. London/New Jersey.

Dannecker, Petra/Rodenberg, Birte (Hg.) (2014): Klimaveränderungen, Umwelt und Geschlechterverhältnisse im Wandel - neue interdisziplinäre Ansätze und Perspektiven. Münster.

Davies, Omar (1988): An analysis of the effects of structural adjustment policies in Jamaica 1980–1987. Unveröffentlichtes Manuskript.

Dietz, Kristina/Engels, Bettina (2016): Umwelt und Entwicklung. In: Fischer, Karin et al. (Hg): Handbuch Entwicklungsforschung. Wiesbaden, 337–350.

Elson, Diane (1995): Male Bias in the Development Process. Manchester.

Elson, Diane (2002): International Financial Architecture: A view from the kitchen. For Femina Politica, Spring 2002. http://www.cepal.org/mujer/curso/elson1.pdf (jüngster Zugriff 01.08.2016).

Elson, Diane (2010): Gender and the global economic crisis in developing countries: a framework for analysis. In: Gender & Development, Vol. 18, No. 2, 201–212.

Frey, Regina (2010): Gender Budgeting als geschlechterpolitische Strategie. In: Internationale Politik und Gesellschaft (IPG), Heft 2/2010, 35–47. http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2010-2/04_a_frey_d.pdf (jüngster Zugriff 01.08.2016).

Gottschlich, Daniela et al. (2014): Nachhaltiges Wirtschaften im Spannungsfeld von Gender, Care und Green Economy. Debatten – Schnittstellen – blinde Flecken. https://www.researchgate.net/publication/267327359_Nachhaltiges_Wirtschaften_im_Spannungsfeld_von_Gender_Care_und_Green_Economy_Debatten_-_Schnittstellen_-_blinde_Flecken.

IDB (2006): The Informal Sector in Jamaica. http://idbdocs.iadb.org/wsdocs/getdocument.aspx?docnum=917344.

Jahan, Rounaq (1995): The Elusive Agenda. Mainstreaming Women in Development. London.

Jain, Devaki/Elson, Diane (eds.) (2011): Harvesting Feminist Knowledge for Public Policy. Rebuilding Progress. New Dehli.

Kabeer, Naila (2005): Inclusive Citizenship. Meanings and expressions. London.

Le Franc, Elsie (1994): Consequences of Structural Adjustment. A Review of the Jamaican Experience. Barbados, Jamaica, Trinidad and Tobago.

Longwe, Sara H. (1997): The evaporation of gender policies in the patriarchal cooking pot. In: Development and Patronage, Oxfam, 41–49.

Molyneux, Maxine (2008): Conditional Cash Transfers: A Pathway to Women's Empowerment? Pathways Working Paper 5. http://www.pathwaysofempowerment.org/archive_resources/conditional-cash-transfers-a-pathway-to-women-s-empowerment-pathways-working-paper-5.

Norad (2005): Gender and Development – a review of evaluation reports 1997–2004. Oslo.

OECD (2014): Unpaid Care Work: The missing link in the analysis of gender gaps in labour outcomes. OECD Development Centre, Paris.

OECD (2007): Gender Equality and Aid Delivery. What has changed in Development cooperation agencies since 1999. Paris, http://www.oecd.org/social/genderequality anddevelopment/38773781.pdf (jüngster Zugriff 01.08.2016).

Oxfam (2016): Women and the 1 %. Oxfam Briefing Paper, 11. April 2016.

Palmer, Ingrid (1994): Social and Gender Issues in Macro-economic Policy Advice. Social Policy Series No. 13, Eschborn: GTZ.

Razavi, Shahra, (2007): The Political and Social Economy of Care in a Development Context. Conceptual Issues, Research Questions, and Policy Options. Gender and Development Paper Number 3, UNRISD.

Spark, Pamela (1994): Mortgaging Women's Lives. Feminist Critiques of Structural Adjustment. London/Jersey.

Thomas-Emeagwali, Gloria (1995): Women pay the Price: Structural Adjustment in Africa and the Caribbean. Trenton, N. J: Africa World Publishers.

Vom Süden lernen? Lateinamerikanische Perspektiven der Dezentrierung von Arbeit und Geschlecht

Johanna Neuhauser/Johanna Sittel/Nico Weinmann

Seit den letzten Jahrzehnten befinden sich die Arbeitswelten des Globalen Nordens im Umbruch. Dabei gewinnt ein Strukturwandel deutlich an Kontur, bei dem unbefristete, betriebliche Vollzeitbeschäftigung als Normgröße für Arbeits-, Tarif- und Sozialpolitik an Bedeutung einbüßt, während sich niedrig entlohnte, zeitlich befristete und vom Sozial- und Arbeitsrecht zunehmend ungeschützte, ‚prekäre' Beschäftigung deutlich ausweitet (Castel/Dörre 2009; Dörre et al. 2013; Standing 2011). Beschleunigt werden diese Dynamiken durch die Folgen der Weltwirtschafts- und Finanzkrise. Dieser Umstand beförderte zuletzt vermehrt Assoziationen mit den klassischen Entwicklungsregionen des Globalen Südens. Wurden nämlich strukturell heterogene Arbeitsmärkte mit einem hohen Anteil marginalisierter, prekärer oder informeller Beschäftigung lange Zeit als besondere Merkmale der Unterentwicklung von Ländern der so genannten ‚Dritten Welt' verhandelt, nehmen gegenwärtig Zeitdiagnosen zu, die strukturähnliche Homologien, überspitzt sogar eine generelle „Verdrittweltlichung" globaler Arbeitswelten ausmachen (Caballero 2011; Huffington 2011; Conte 2013).

Den globalen Trends ist in jedem Fall gemeinsam, dass weltumspannend Frauen innerhalb dieser Strukturumbrüche auf besondere Weise benachteiligt sind: In OECD-Kernregionen vollzog sich in den letzten Jahrzehnten der Anstieg der weiblichen Erwerbstätigkeit nicht unwesentlich über die Ausweitung der Teilzeitarbeit oder die Integration von Frauen in expandierende Segmente der prekären Beschäftigung (für Deutschland: IAB 2015; Bundesagentur für Arbeit 2016). Im Globalen Süden finden Frauen außerdem überproportional meist nahe oder unterhalb der Armutsgrenze in der informellen Ökonomie Arbeit, die sich in den letzten Jahrzehnten auf hohem Niveau reproduziert hat. Dies bringt nicht zuletzt die Bilanz der Milleniums-Entwicklungsziele (MDGs) zum Ausdruck: Zählte die Minimierung von Geschlechterungleichheit und die Stärkung von Frauenrechten zu einem zentralen Eckpfeiler der Entwicklungsagenda, müssen die Vereinten Nationen heute resümieren, dass insbesondere in